

Art. 8. Le présent arrêté entre en vigueur à la date de sa publication au *Moniteur belge*.

Art. 9. Le Ministre flamand compétent pour les soins de santé et les soins résidentiels est chargé d'exécuter le présent arrêté.

Bruxelles, le 23 décembre 2021.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,
J. JAMBON

Le Ministre flamand du Bien-Être, de la Santé publique, de la Famille et de la Lutte contre la Pauvreté,
W. BEKE

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/205877]

22. NOVEMBER 2021 — Dekret über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Gegenstand

Vorliegendes Dekret regelt sowohl die Kapazität der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Gewährleistung der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung als auch den Stundenplan der zu einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Alarm: Übermittlung einer Information über die Überwachungsvorrichtung an den zuständigen Dienst, die gegebenenfalls einer Reaktion dieses Dienstes bedarf;

2. Anbringung: das Anlegen der Vorrichtung zur elektronischen Überwachung, die Abnahme dieser Vorrichtung sowie die technische Wartung des Geräts und die effektive Überwachung des Betroffenen mittels dieser Vorrichtung;

3. Aufträge: die durch die auftraggebende Behörde getroffenen Entscheidungen bezüglich der elektronischen Überwachung eines Betroffenen;

4. auftraggebende Behörde: eine Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, die aufgrund eines Gesetzes oder Dekrets ermächtigt ist, den zuständigen Dienst mit der Durchführung und Weiterverfolgung der dem Betroffenen auferlegten elektronischen Überwachung zu beauftragen;

5. Betroffener: jede Person, die beschuldigt, verurteilt oder interniert und von einer Strafe unter elektronischer Überwachung oder einer Maßnahme der elektronischen Überwachung betroffen ist;

6. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);

7. elektronische Überwachung: die elektronische Überwachung gemäß nachfolgenden Rechtsgrundlagen:

a. Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte;

b. Gesetz vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft;

c. Gesetz vom 5. Mai 2014 über die Internierung;

d. Artikel 37ter und 37quater des Strafgesetzbuches;

8. Gesetz vom 17. Mai 2006: das Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte;

9. Hafturlaub: ein dem Betroffenen von der auftraggebenden Behörde genehmigter Urlaub, während dem die elektronische Überwachung für einen festgelegten Zeitraum ausgesetzt wird;

10. Materialressourcen: das gesamte Material, das vom zuständigen Dienst zur Wahrnehmung seiner Aufgabe eingesetzt wird;

11. Neuberechnung: Anpassung des Stundenplans durch Abzug der ungerechtfertigterweise von dem Betroffenen genutzten Zeit von seinem Freizeitstundenkonto;

12. Kapazität: die Anzahl der für eine Anbringung infrage kommenden Betroffenen, die unter Berücksichtigung der in Artikel 7 aufgeführten Elemente bestimmt wird;

13. polizeiliche Daten: Auszüge aus Protokollführungen, die von den Polizeidiensten erstellt und von den auftraggebenden Behörden übermittelt werden oder die über die in Artikel 22 erwähnten Dateisysteme zugänglich sind;

14. soziales Umfeld des Betroffenen: sämtliche Personen, die eine besondere Beziehung zu dem Betroffenen haben und daher in Kontakt mit dem zuständigen Dienst treten;

15. Standardzeitplan: der dem Betroffenen gemäß Kapitel 3 Abschnitt 1 vorgeschriebene Grundzeitplan;

16. Stundenplan: die Zeitangaben zur elektronischen Überwachung, aus denen hervorgeht, wann der Betroffene an seinem Wohnort anwesend sein muss, sowie die Zeitpunkte, für die er Ausgang auferlegt oder genehmigt bekommen hat;

17. weitere Beteiligte: die Gefängnisverwaltung, die Polizei- und die Sozialdienste, die an der Ausführung der vom zuständigen Dienst wahrgenommenen Aufgabe beteiligt, aber keine auftraggebende Behörde sind.

Die Regierung kann die in Absatz 1 Nummer 7 aufgeführte Liste der Rechtsgrundlagen abändern und vervollständigen.

Art. 3 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 4 - Allgemeine Ziele

Der zuständige Dienst verfolgt bei der Wahrnehmung der Aufträge folgende allgemeine Ziele:

1. die Wahrung der öffentlichen Sicherheit;
2. die Vermeidung der Rückfälligkeit;
3. die Resozialisierung von Betroffenen.

Art. 5 - Aufgabe des zuständigen Dienstes

§ 1 - Die Aufgabe des zuständigen Dienstes besteht in der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung.

Die Regierung bestimmt den in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die in Absatz 1 erwähnte Aufgabe zuständigen Dienst.

§ 2 - Bei der Wahrnehmung der in § 1 Absatz 1 erwähnten Aufgabe führt der zuständige Dienst folgende Tätigkeiten aus:

1. die Anbringung einer elektronischen Überwachungsvorrichtung an dem Betroffenen und an seinem Wohnort;
2. das Erstellen eines an den Betroffenen angepassten Stundenplans sowie dessen Verwaltung zur Kontrolle der Einhaltung des Stundenplans durch den Betroffenen;
3. die Weiterverfolgung des Verlaufs der elektronischen Überwachung;
4. die Verwaltung der Alarmer;
5. die Zentralisierung, Analyse und Übermittlung der relevanten Informationen über die elektronische Überwachung an die auftraggebenden Behörden und die weiteren Beteiligten.

Die Regierung kann dem zuständigen Dienst weitere Tätigkeiten anvertrauen.

Art. 6 - Zusammenarbeit mit anderen belgischen Behörden oder Diensten

Die in vorliegendem Dekret erwähnten Aufträge, die im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens durch andere belgische Behörden oder durch andere Dienste gewährleistet werden, können den Aufträgen, die durch den zuständigen Dienst gewährleistet werden, gleichgestellt werden.

KAPITEL 2 — Kapazität

Art. 7 - Kapazität

Der zuständige Dienst nimmt seine Aufgabe entsprechend seiner Kapazität wahr.

Zur Bestimmung der Kapazität wird Folgendes berücksichtigt:

1. die Materialressourcen des zuständigen Dienstes;
2. die Anzahl der Aufträge, die dem zuständigen Dienst von den auftraggebenden Behörden übertragen werden.

Art. 8 - Ausführung der Aufträge

§ 1 - Der zuständige Dienst führt alle Aufträge, die ihm von den auftraggebenden Behörden übertragen wurden, innerhalb der gesetzlichen Fristen aus.

§ 2 - Falls die Kapazität oder die ordnungsgemäß begründeten außergewöhnlichen Umstände es dem zuständigen Dienst nicht ermöglichen, alle Aufträge innerhalb der gesetzlichen Fristen auszuführen, führt er diese in chronologischer Reihenfolge der Auftragseingänge aus.

In Abweichung von Absatz 1 wird inhaftierten Betroffenen und Betroffenen, die die Untersuchungshaft unter elektronischer Überwachung ausführen, Vorrang gewährt.

§ 3 - In Abweichung von § 2 kann der zuständige Dienst seine Aufträge unter Berücksichtigung nachfolgender Priorisierungskriterien ausüben:

1. die Dauer der elektronischen Überwachung;
2. die Art der von dem Betroffenen begangenen Tat;
3. das Risiko, dem das Opfer ausgesetzt ist;
4. die persönliche Situation des Betroffenen.

Der zuständige Dienst begründet seine Entscheidung, die in Absatz 1 aufgeführten Priorisierungskriterien anzuwenden, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der von der auftraggebenden Behörde und den weiteren Beteiligten erteilten Hinweise.

Art. 9 - Information über die Kapazität

Der zuständige Dienst informiert die auftraggebenden Behörden regelmäßig über den Stand seiner Kapazität.

Die Regierung legt die Übertragungsmodalitäten dieser Information fest.

KAPITEL 3 — Stundenplan Und Vorfälle

Art. 10 - Anwendungsbereich

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind ausschließlich anwendbar auf die zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen.

*Abschnitt 1 — Stundenplan***Art. 11 - Standardzeitplan**

Bei der Durchführung einer elektronischen Überwachung, die in Anwendung des Gesetzes vom 17. Mai 2006 ausgesprochen wird, wird dem Betroffenen ein Standardzeitplan auferlegt.

Die Regierung legt den Standardzeitplan fest.

Art. 12 - Verwaltung des Stundenplans

Der Stundenplan besteht aus einem Standardzeitplan, der unter Berücksichtigung der Tagesbeschäftigung des Betroffenen festgelegt wird, sowie gegebenenfalls aus der Zeitspanne, die für die Umsetzung der individualisierten Sonderbedingungen oder möglichen Hafturlaube benötigt wird.

Der Stundenplan kann angepasst werden:

1. unter Berücksichtigung der persönlichen Situation des Betroffenen,
2. falls der Betroffene eine zusätzliche Zeitspanne benötigt, um eine individualisierte Sonderbedingung zu erfüllen,
3. falls der Betroffene einen Hafturlaub antritt.

*Abschnitt 2 — Vorfälle***Art. 13 - Verwaltung der Vorfälle**

Vorfälle werden vom zuständigen Dienst verwaltet.

Ein Vorfall liegt vor, wenn:

1. der Betroffene nicht auf Anrufe des zuständigen Dienstes reagiert;
2. der Betroffene eine nicht genehmigte Reise vornimmt;
3. der Betroffene nicht an seinem Wohnort anwesend ist und den zuständigen Dienst nicht von seiner Abwesenheit in Kenntnis gesetzt hat;
4. der Betroffene den Zeitplan in Bezug auf die festgelegte Tagesbeschäftigung oder seine individualisierten Sonderbedingungen nicht einhält.

Art. 14 - Maßnahmen

Im Falle eines Verstoßes gegen den Stundenplan kann der zuständige Dienst folgende Maßnahmen gegenüber dem Betroffenen ergreifen:

1. die Einsetzung einer Begleitung des Betroffenen;
2. der Verweis auf die Verpflichtungen des Betroffenen und die Mitteilung der Möglichkeit einer Neuberechnung des Stundenplans;
3. eine Neuberechnung des Stundenplans des Betroffenen;
4. eine Meldung an die auftraggebenden Behörden.

Die Regierung kann die Modalitäten zur Durchführung der in Absatz 1 aufgeführten Maßnahmen festlegen.

KAPITEL 4 — Vertraulichkeit, Datenschutz Und Informationsverarbeitung

Art. 15 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind der zuständige Dienst, die weiteren Beteiligten sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgabe anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 16 - Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 1 - Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung.

§ 2 - Der zuständige Dienst verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Hinblick auf:

1. die Wahrnehmung der in Artikel 5 § 1 und in seinen Ausführungsbestimmungen vorgesehenen Aufgabe;
2. die wissenschaftliche Forschung und statistische Zwecke;
3. die Verbesserung der Abläufe innerhalb des zuständigen Dienstes.

Im Rahmen der in Absatz 1 Nummer 2 aufgeführten Verarbeitung verarbeitet der zuständige Dienst anonyme Daten. Insofern die Verarbeitungszwecke auf diese Weise nicht erreicht werden können, verarbeitet der zuständige Dienst pseudonymisierte personenbezogene Daten.

Der zuständige Dienst weist in diesem Zusammenhang seine Mitarbeiter auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.

§ 3 - Die Regierung ist im Rahmen der Ausführung des vorliegenden Dekrets für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

Der zuständige Dienst gilt als Auftragsverarbeiter im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Datenschutz-Grundverordnung.

Art. 17 - Zwecke der Datenverarbeitung

Die in Artikel 16 § 2 Absatz 1 Nummer 1 aufgeführte Verarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

1. die Aktivierung der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung;

2. die Ausführung und Weiterverfolgung des Verlaufs der elektronischen Überwachung;
3. der Abschluss der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung;
4. die Aufzeichnung der Telefongespräche des zuständigen Dienstes;
5. die Vollstreckung von Freiheitsstrafen unter Vermeidung der schädlichen Auswirkungen der Inhaftierung für die Betroffenen;
6. die Förderung der Resozialisierung durch die Verringerung der Ausgrenzung und die Beibehaltung sozialer, familiärer und beruflicher Verbindungen;
7. die Vermeidung der Rückfälligkeit.

Die in Artikel 16 § 2 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführte Verarbeitung erfolgt zum Zweck der Zusammenarbeit mit den betroffenen Behörden zur Bewertung und Verbesserung der Politik im Zusammenhang mit der Ausführung der Aufgabe des zuständigen Dienstes.

Die in Artikel 16 § 2 Absatz 1 Nummer 3 aufgeführte Verarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

1. die Steuerung und Verbesserung der Interventionen des zuständigen Dienstes;
2. die Unterstützung der Rücksprachen mit den auftraggebenden Behörden.

Art. 18 - Datenkategorien

§ 1 - Der zuständige Dienst kann personenbezogene Daten in Bezug auf folgende Personen verarbeiten:

1. Betroffene;
2. Personen, die zum sozialen Umfeld des Betroffenen gehören;
3. auftraggebende Behörden sowie weitere Beteiligte.

§ 2 - Der zuständige Dienst kann im Rahmen der in Artikel 16 § 2 Absatz 1 Nummer 1 aufgeführten Datenverarbeitung alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf die in § 1 Nummer 1 erwähnten Personen erheben, erfassen, verwenden und übermitteln:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Beruf, zur beruflichen Kompetenz, zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zu persönlichen Eigenschaften;
4. Daten zur finanziellen und sozialen Situation;
5. Daten zum Lebensstil und zur Freizeitbeschäftigung;
6. Daten zur Haushaltszusammensetzung;
7. Daten zu den Wohnverhältnissen;
8. Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, insofern sie dem zuständigen Dienst von dem Betroffenen, den auftraggebenden Behörden oder den weiteren Beteiligten mitgeteilt wurden;
9. polizeiliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;
10. Daten zur rassischen und ethnischen Herkunft, zur politischen Überzeugung, zur philosophischen Auffassung, zur Religions- oder Gewerkschaftszugehörigkeit, genetische und biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualverhalten und zur sexuellen Orientierung, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung, insofern sie dem zuständigen Dienst von dem Betroffenen, den auftraggebenden Behörden oder den weiteren Beteiligten mitgeteilt wurden;
11. Lokalisierungsdaten, erzeugt durch das elektronische Überwachungsmaterial, das dem zuständigen Dienst zur Verfügung steht;
12. Daten zur Nutzung der in Artikel 22 erwähnten Dateisysteme;
13. Daten im Zusammenhang mit der Aufzeichnung von Telefongesprächen.

In Bezug auf die in § 1 Nummer 2 erwähnten Personen kann der zuständige Dienst alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten der in § 2 Absatz 1 Nummern 1, 6 bis 8 und 13 aufgeführten Datenkategorien erheben und verwenden.

In Bezug auf die in § 1 Nummer 3 erwähnten Personen kann der zuständige Dienst alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten der in § 2 Absatz 1 Nummern 1, 2 und 13 aufgeführten Datenkategorien erheben.

§ 3 - Der zuständige Dienst kann im Rahmen der in Artikel 16 § 2 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführten Datenverarbeitung alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf die in § 1 Nummer 1 erwähnten Personen verwenden und übermitteln, insofern es sich um eine Weiterverwendung von Daten handelt, die im Rahmen der in Artikel 16 § 2 Nummer 1 aufgeführten Datenverarbeitung erhoben wurden:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Beruf, zur beruflichen Kompetenz, zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zu persönlichen Eigenschaften;
4. Daten zum Lebensstil und zur Freizeitbeschäftigung;
5. Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, insofern sie dem zuständigen Dienst von dem Betroffenen, den auftraggebenden Behörden oder den weiteren Beteiligten mitgeteilt wurden.

§ 4 - Der zuständige Dienst kann im Rahmen der in Artikel 16 § 2 Absatz 1 Nummer 3 aufgeführten Datenverarbeitung alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf die in § 1 Nummer 1 erwähnten Personen verwenden, insofern es sich um eine Weiterverwendung von Daten handelt, die im Rahmen der in Artikel 16 § 2 Nummer 1 aufgeführten Datenverarbeitung erhoben wurden:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Beruf, zur beruflichen Kompetenz, zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zu persönlichen Eigenschaften;
4. Daten zur finanziellen und sozialen Situation;
5. Daten zum Lebensstil und zur Freizeitbeschäftigung;
6. Daten zur Haushaltszusammensetzung;
7. Daten zu den Wohnverhältnissen;
8. Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, insofern sie dem zuständigen Dienst von dem Betroffenen, den auftraggebenden Behörden oder den weiteren Beteiligten mitgeteilt werden;
9. polizeiliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;
10. Daten zur rassischen und ethnischen Herkunft, zur politischen Überzeugung, zur philosophischen Auffassung, zur Religionszugehörigkeit oder Gewerkschaftszugehörigkeit, genetische und biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualverhalten und zur sexuellen Orientierung, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung, insofern sie dem zuständigen Dienst von dem Betroffenen, den auftraggebenden Behörden oder den weiteren Beteiligten mitgeteilt werden;
11. Lokalisierungsdaten, erzeugt durch das elektronische Überwachungsmaterial, das dem zuständigen Dienst zur Verfügung steht;
12. Daten zur Nutzung der in Artikel 22 erwähnten Dateisysteme;
13. Daten im Zusammenhang mit der Aufzeichnung von Telefongesprächen.

§ 5 - Die Regierung präzisiert die in den § § 2 bis 4 aufgeführten Datenkategorien nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde.

Art. 19 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten werden nicht länger, als für die Realisierung der Zwecke erforderlich ist, für die sie verarbeitet werden, aufbewahrt.

Art. 20 - Rechte der von der Datenverarbeitung betroffenen Person

Für die in Artikel 18 aufgeführten Datenkategorien werden Anträge auf Wahrnehmung der in den Artikeln 12 bis 22 und 34 der Datenschutz-Grundverordnung erwähnten Rechte dem Datenschutzbeauftragten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

In Abweichung von Absatz 1 werden Anträge auf Wahrnehmung der in den Artikeln 12 bis 22 und 34 der Datenschutz-Grundverordnung erwähnten Rechte für die in Artikel 18 § 2 Absatz 1 Nummer 8, § 3 Nummer 5 und § 4 Nummer 8 aufgeführten Datenkategorien gemäß Artikel 14 § 2 und 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 zum Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bearbeitet.

Art. 21 - Informationsquellen

§ 1 - Bei der Wahrnehmung seiner Aufträge erhebt der zuständige Dienst Daten und Dokumente direkt bei den Betroffenen sowie den Personen, die zum sozialen Umfeld des Betroffenen gehören.

§ 2 - Bei der Wahrnehmung seiner Aufträge erhebt der zuständige Dienst Daten und Dokumente indirekt bei den auftraggebenden Behörden und weiteren Beteiligten.

In Abweichung von Absatz 1 werden Daten zur Identität und Kontaktangaben sowie Daten zum Beruf, zur beruflichen Kompetenz, zum Schulabschluss und zur Ausbildung direkt bei den auftraggebenden Behörden und weiteren Beteiligten erhoben.

Die gemäß Absatz 1 erhobenen Daten sind in den Mandaten und Berichten, die von den auftraggebenden Behörden weitergeleitet werden, oder in den Dateisystemen der auftraggebenden Behörden enthalten, insofern der zuständige Dienst Zugang zu ihnen erhalten hat.

§ 3 - Der zuständige Dienst kann sich an das Nationalregister der natürlichen Personen wenden, wenn er die in Artikel 3 Absätze 1 und 2 des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen aufgeführten Informationen einholen oder die Richtigkeit der ihm zur Verfügung stehenden Informationen überprüfen möchte.

Insofern es sich um Daten einer natürlichen Person handelt, deren Daten nicht im Nationalregister eingetragen sind, verwendet der zuständige Dienst die Erkennungsnummer der Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit.

Art. 22 - Dateisysteme

Der zuständige Dienst verarbeitet die gemäß Artikel 21 erfassten Informationen in Dateisystemen.

Die Regierung stellt dem zuständigen Dienst zur Unterstützung der Datenverarbeitung und des Datenaustausches ein oder mehrere EDV-Systeme zur Verfügung.

Die Mitarbeiter des zuständigen Dienstes haben Zugriff auf die in den Dateisystemen verarbeiteten Daten, insofern diese für die Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben benötigt werden und der Grundsatz der Vertraulichkeit gewahrt bleibt.

Art. 23 - Empfänger der verarbeiteten Informationen

§ 1 - Im Rahmen der Datenverarbeitung gemäß Artikel 16 § 2 Absatz 1 Nummer 1 übermittelt der zuständige Dienst die für die Erfüllung seiner Aufgabe erforderlichen Daten an die auftraggebenden Behörden und die weiteren Beteiligten, gemäß den gesetzlichen Vorschriften im Rahmen der elektronischen Überwachung.

§ 2 - Im Rahmen der Datenverarbeitung gemäß Artikel 16 § 2 Absatz 1 Nummer 2 erstellt der zuständige Dienst eine Vereinbarung mit den betroffenen Behörden, in der die Modalitäten der Datenübermittlung festgelegt werden.

KAPITEL 5 — *Schlussbestimmungen***Art. 24 - Inkrafttreten**

Vorliegendes Dekret tritt an einem von der Regierung festzulegenden Datum und spätestens am 1. Juni 2022 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 22. November 2021

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,
Forschung und Erziehung

Fußnote

Sitzungsperiode 2021-2022

Nummerierte Dokumente: 169 (2021-2022) Nr. 1 Dekretentwurf

169 (2021-2022) Nr. 2 Bericht

169 (2021-2022) Nr. 3 Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

169 (2021-2022) Nr. 4 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 22. November 2021 - Nr. 34 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/205877]

22 NOVEMBRE 2021. — Décret relatif à la surveillance électronique dans le cadre de l'application des peines

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}.** - *Objet*

Le présent décret règle non seulement la capacité de la Communauté germanophone à assurer la mise en œuvre et le suivi de la surveillance électronique, mais aussi le programme-horaire des personnes concernées, condamnées à une peine privative de liberté de maximum trois ans.

Art. 2. - *Définitions*

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° *alarme* : toute transmission d'une information au service compétent via le dispositif de surveillance électronique et qui nécessite, le cas échéant, une réaction de la part de celui-ci;

2° *placement* : la mise en place du dispositif de surveillance électronique, y compris son retrait et les interventions techniques de maintenance sur celui-ci, et le suivi effectif de la personne concernée au moyen de ce dispositif;

3° *missions* : les décisions prises par l'autorité mandante relativement à la surveillance électronique d'une personne concernée;

4° *autorité mandante* : une instance judiciaire ou administrative habilitée en vertu d'une loi ou d'un décret à charger le service compétent pour mettre en œuvre et suivre la surveillance électronique imposée à la personne concernée;

5° *personne concernée* : toute personne inculpée, condamnée ou internée concernée par une peine ou une mesure de surveillance électronique;

6° *règlement général sur la protection des données* : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);

7° *surveillance électronique* : la surveillance électronique conformément aux cadres légaux suivants :

a. la loi du 17 mai 2006 relative au statut juridique externe des personnes condamnées à une peine privative de liberté et aux droits reconnus à la victime dans le cadre de modalités d'exécution de la peine;

b. la loi du 20 juillet 1990 relative à la détention préventive;

c. la loi du 5 mai 2014 relative à l'internement;

d. les articles 37^{ter} et 37^{quater} du Code pénal;

8° loi du 17 mai 2006 : la loi du 17 mai 2006 relative au statut juridique externe des personnes condamnées à une peine privative de liberté et aux droits reconnus à la victime dans le cadre de modalités d'exécution de la peine;

9° congé pénitentiaire : le congé octroyé par l'autorité mandante à la personne concernée, qui a pour effet de suspendre la surveillance électronique pendant une période déterminée;

10° ressources en matériel : l'ensemble du matériel utilisé par le service compétent pour exécuter sa mission;

11° recalcul : réajustement du programme-horaire consistant à déduire des heures de temps libre le temps indument utilisé par la personne concernée;

12° capacité : le nombre de personnes concernées éligibles pour le placement, lequel est déterminé en fonction des éléments énumérés à l'article 7;

13° données policières : les extraits de procès-verbaux établis par les services de police et transmis par les autorités mandantes au service compétent ou qui sont accessibles via les systèmes d'information mentionnés à l'article 22;

14° contexte social de la personne concernée : toutes les personnes qui ont un lien relationnel particulier avec la personne concernée et qui sont, de ce fait, amenées à entrer en contact avec le service compétent;

15° horaire standard : l'horaire de base imposé à la personne concernée conformément au chapitre 3, section 1^{re};

16° programme-horaire : contenu horaire de la surveillance électronique qui précise les moments où la personne concernée est tenue d'être présente à son domicile et ceux où elle est tenue ou autorisée à s'absenter;

17° autres parties impliquées : l'administration pénitentiaire, les services de police et les services sociaux qui prennent part à l'exécution de la mission du service compétent, mais qui ne constituent pas une autorité mandante.

Le Gouvernement peut adapter et compléter la liste des cadres légaux mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 7^o.

Art. 3. - Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 4. - Objectifs généraux

Dans l'exercice de ses missions, le service compétent poursuit les objectifs généraux suivants :

1° la préservation de la sécurité publique;

2° la prévention de la récidive;

3° la réinsertion sociale des personnes concernées.

Art. 5. - Mission du service compétent

§ 1^{er} - La mission du service compétent est la mise en œuvre et le suivi de la surveillance électronique.

Le Gouvernement désigne le service compétent au sein de la Communauté germanophone pour assurer la mission mentionnée à l'alinéa 1^{er}.

§ 2 - Dans l'exercice de sa mission mentionnée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le service compétent effectue les tâches suivantes :

1° le placement d'un dispositif de surveillance électronique sur la personne concernée et à son domicile;

2° la mise en place d'un programme-horaire adapté ainsi que la gestion de celui-ci pour contrôler le respect de celui-ci par la personne concernée;

3° le suivi du déroulement de la surveillance électronique;

4° la gestion des alarmes;

5° la centralisation, l'analyse et la transmission aux autorités mandantes et aux autres parties impliquées des informations pertinentes sur la surveillance électronique.

Le Gouvernement peut confier d'autres tâches au service compétent.

Art. 6. - Coopération avec les autres services ou autorités belges

Les missions mentionnées dans le présent décret qui sont assurées, dans le cadre d'un accord de coopération, par d'autres services ou autorités belges peuvent être assimilées à celles assurées par le service compétent.

CHAPITRE 2. — Capacité

Art. 7. - Capacité

Le service compétent exécute sa mission en fonction de sa capacité.

La capacité est déterminée en fonction des éléments suivants :

1° les ressources en matériel du service compétent;

2° le nombre de missions confiées au service compétent par les autorités mandantes.

Art. 8. - Exécution des missions

§ 1^{er} - Le service compétent exécute l'ensemble des missions qui lui sont confiées par les autorités mandantes dans les délais légaux.

§ 2 - Si la capacité ou des circonstances exceptionnelles dument justifiées ne permettent pas au service compétent d'exécuter l'ensemble des missions dans les délais légaux, il les exécute en suivant l'ordre chronologique dans lequel elles lui ont été confiées.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la priorité est accordée aux personnes concernées incarcérées et à celles qui exécutent leur détention préventive sous surveillance électronique.

§ 3 - Par dérogation au § 2, le service compétent peut exécuter ses missions en fonction des critères de priorisation suivants :

1° la durée de la surveillance électronique;

2° le type de fait commis par la personne concernée;

3° le risque encouru par la victime;

4° la situation personnelle de la personne concernée.

Le service compétent motive sa décision d'appliquer les critères de priorisation mentionnés à l'alinéa 1^{er} en prenant compte, le cas échéant, des indications données par l'autorité mandante et les autres parties impliquées.

Art. 9. - Information sur la capacité

Le service compétent informe régulièrement les autorités mandantes de l'état de sa capacité.

Le Gouvernement fixe les modalités de la transmission de ces informations.

CHAPITRE 3. — *Programme-horaire et incidents*

Art. 10. - Champ d'application

Les dispositions du présent chapitre s'appliquent exclusivement aux personnes concernées condamnées à une ou plusieurs peines privatives de liberté de trois ans au plus.

Section 1^{re}. — Programme-horaire

Art. 11. - Horaire standard

Lors de la mise en œuvre d'une surveillance électronique prononcée en application de la loi du 17 mai 2006, un horaire standard est imposé à la personne concernée.

Le Gouvernement fixe l'horaire standard.

Art. 12. - Gestion du programme-horaire

Le programme-horaire est composé d'un horaire standard, déterminé en fonction de l'occupation journalière de la personne concernée et, le cas échéant, du temps nécessaire à la réalisation des conditions particulières individualisées et des éventuels congés pénitentiaires.

Le programme-horaire peut être adapté :

- 1° en fonction de la situation personnelle de la personne concernée;
- 2° si la personne concernée a besoin d'une période horaire supplémentaire pour remplir une condition particulière individualisée;
- 3° si la personne concernée bénéficie d'un congé pénitentiaire.

Section 2. — Incidents

Art. 13. - Gestion des incidents

Les incidents sont gérés par le service compétent.

Les incidents sont constatés lorsque :

- 1° la personne concernée ne répond pas aux appels du service compétent;
- 2° la personne concernée effectue un déplacement non autorisé;
- 3° la personne concernée n'est pas présente à son domicile et n'a pas averti le service compétent de son absence;
- 4° la personne concernée ne respecte pas l'horaire lié à sa période d'occupation journalière ou à ses conditions particulières individualisées.

Art. 14. - Mesures

En cas de non-respect du programme-horaire, le service compétent peut prendre, à l'égard de la personne concernée, les mesures suivantes :

- 1° mettre en place un accompagnement auprès de la personne concernée;
- 2° rappeler à la personne concernée ses obligations et l'informer de la possibilité d'un recalcul du programme-horaire;
- 3° recalculer le programme-horaire de la personne concernée;
- 4° effectuer un signalement auprès des autorités mandantes.

Le Gouvernement peut fixer les modalités d'exécution des mesures énumérées à l'alinéa 1^{er}.

CHAPITRE 4. — *Confidentialité, protection des données et traitement des informations*

Art. 15. - Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décretales contraires, le service compétent, les autres parties impliquées ainsi que toute personne physique ou morale partie prenante à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution doivent traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 16. - Traitement des données à caractère personnel

§ 1^{er} - La collecte et le traitement des données à caractère personnel s'opèrent dans le respect du règlement général sur la protection des données.

§ 2 - Le service compétent traite les données à caractère personnel exclusivement aux fins :

- 1° de l'exécution de la mission prévue à l'article 5, § 1^{er}, et de ses dispositions d'exécution;
- 2° de la recherche scientifique et statistiques;
- 3° de l'amélioration du fonctionnement au sein du service compétent.

Dans le cadre du traitement énuméré à l'alinéa 1^{er}, 2°, le service compétent traite des données anonymes. Si les objectifs visés par le traitement ne peuvent pas être atteints de cette manière, le service compétent traite des données à caractère personnel ayant fait l'objet d'une pseudonymisation.

Dans ce contexte, le service compétent attire l'attention de ses collaborateurs sur leurs obligations en matière de sécurité des informations et de protection des données.

§ 3 - Dans le cadre de l'exécution du présent décret, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

Le service compétent est considéré comme étant sous-traitant au sens de l'article 4, 8), du règlement général sur la protection des données.

Art. 17. - Finalités du traitement des données

Le traitement mentionné à l'article 16, § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, s'opère au titre des finalités suivantes :

- 1^o l'activation de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique;
- 2^o l'exécution et le suivi du déroulement de la surveillance électronique;
- 3^o la clôture de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique;
- 4^o l'enregistrement des conversations téléphoniques du service compétent;
- 5^o l'exécution des peines privatives de liberté en limitant les conséquences néfastes d'une incarcération sur les personnes concernées;
- 6^o la promotion de la réinsertion sociale en limitant l'exclusion et en maintenant les liens sociaux, familiaux et professionnels;
- 7^o la prévention de la récidive.

Le traitement mentionné à l'article 16, § 2, alinéa 1^{er}, 2^o, s'opère à des fins de coopération avec les autorités concernées afin d'évaluer et d'améliorer les politiques liées à l'exercice de la mission du service compétent.

Le traitement mentionné à l'article 16, § 2, alinéa 1^{er}, 3^o, s'opère au titre des finalités suivantes :

- 1^o le pilotage et l'optimisation des interventions du service compétent;
- 2^o le soutien de concertations menées avec les autorités mandantes.

Art. 18. - Catégories de données

§ 1^{er} - Le service compétent peut traiter les données à caractère personnel des personnes suivantes :

- 1^o les personnes concernées;
- 2^o les personnes qui font partie du contexte social de la personne concernée;
- 3^o les autorités mandantes ainsi que les autres parties impliquées.

§ 2 - Dans le cadre du traitement de données mentionné à l'article 16, § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, le service compétent peut collecter, enregistrer, exploiter et transférer toutes les données à caractère personnel suivantes des personnes mentionnées au § 1^{er}, 1^o, qui sont raisonnables, pertinentes et proportionnées :

- 1^o les données relatives à l'identité et les données de contact;
- 2^o les données relatives à la profession, aux compétences professionnelles, à l'éducation et à la formation;
- 3^o les données relatives aux caractéristiques personnelles;
- 4^o les données relatives à la situation financière et sociale;
- 5^o les données relatives au mode de vie et aux loisirs;
- 6^o les données relatives à la composition du ménage;
- 7^o les données relatives aux conditions de logement;
- 8^o les données relatives aux condamnations pénales et aux infractions énumérées à l'article 10 du règlement général sur la protection des données pour autant qu'elles aient été communiquées au service compétent par la personne intéressée, les autorités mandantes ou d'autres parties impliquées;
- 9^o les données policières énumérées à l'article 10 du règlement général sur la protection des données;
- 10^o les données relatives à l'origine raciale et ethnique, aux opinions politiques, aux convictions religieuses ou philosophiques ou à l'appartenance syndicale, aux données génétiques et biométriques aux fins d'identifier une personne physique de manière unique, les données concernant la santé ou la vie sexuelle ou l'orientation sexuelle, énumérées à l'article 9 du règlement général sur la protection des données, pour autant qu'elles aient été communiquées au service compétent par les personnes concernées, les autorités mandantes ou les autres parties impliquées;
- 11^o les données de géolocalisation générées par le matériel de surveillance électronique dont dispose le service compétent;
- 12^o les données relatives à l'exploitation des systèmes d'information mentionnés à l'article 22;
- 13^o les données relatives à l'enregistrement des conversations téléphoniques.

Concernant les personnes mentionnées au § 1^{er}, 2^o, le service compétent peut collecter et exploiter les données à caractère personnel des catégories mentionnées au § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, 6^o à 8^o et 13^o, qui sont raisonnables, pertinentes et proportionnées.

Concernant les personnes mentionnées au § 1^{er}, 3^o, le service compétent peut collecter les données à caractère personnel des catégories mentionnées au § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, 2^o et 13^o, qui sont raisonnables, pertinentes et proportionnées.

§ 3 - Dans le cadre du traitement de données mentionné à l'article 16, § 2, alinéa 1^{er}, 2^o, et pour autant qu'il s'agisse d'une réutilisation de données collectées dans le cadre du traitement de données mentionné à l'article 16, § 2, 1^o, le service compétent peut exploiter et transférer toutes les données à caractère personnel suivantes des personnes mentionnées au § 1^{er}, 1^o, qui sont raisonnables, pertinentes et proportionnées :

- 1^o les données relatives à l'identité et les données de contact;
- 2^o les données relatives à la profession, aux compétences professionnelles, à l'éducation et à la formation;
- 3^o les données relatives aux caractéristiques personnelles;
- 4^o les données relatives au mode de vie et aux loisirs;
- 5^o les données relatives aux condamnations pénales et aux infractions énumérées à l'article 10 du règlement général sur la protection des données pour autant qu'elles aient été communiquées au service compétent par la personne intéressée, les autorités mandantes ou d'autres parties impliquées.

§ 4 - Dans le cadre du traitement de données mentionné à l'article 16, § 2, alinéa 1^{er}, 3^o, et pour autant qu'il s'agisse d'une réutilisation de données collectées dans le cadre du traitement de données mentionné à l'article 16, § 2, 1^o, le service compétent peut exploiter toutes les données à caractère personnel suivantes des personnes mentionnées au § 1^{er}, 1^o, qui sont raisonnables, pertinentes et proportionnées :

1^o les données relatives à l'identité et les données de contact;

2^o les données relatives à la profession, aux compétences professionnelles, à l'éducation et à la formation;

3^o les données relatives aux caractéristiques personnelles;

4^o les données relatives à la situation financière et sociale;

5^o les données relatives au mode de vie et aux loisirs;

6^o les données relatives à la composition du ménage;

7^o les données relatives aux conditions de logement;

8^o les données relatives aux condamnations pénales et aux infractions énumérées à l'article 10 du règlement général sur la protection des données pour autant qu'elles aient été communiquées au service compétent par la personne intéressée, les autorités mandantes ou d'autres parties impliquées;

9^o les données policières énumérées à l'article 10 du règlement général sur la protection des données;

10^o les données relatives à l'origine raciale et ethnique, aux opinions politiques, aux convictions religieuses ou philosophiques ou à l'appartenance syndicale, aux données génétiques et biométriques aux fins d'identifier une personne physique de manière unique, les données concernant la santé ou la vie sexuelle ou l'orientation sexuelle, énumérées à l'article 9 du règlement général sur la protection des données, pour autant qu'elles aient été communiquées au service compétent par les personnes concernées, les autorités mandantes ou les autres parties impliquées;

11^o les données de géolocalisation générées par le matériel de surveillance électronique dont dispose le service compétent;

12^o les données relatives à l'exploitation des systèmes d'information mentionnés à l'article 22;

13^o les données relatives à l'enregistrement des conversations téléphoniques.

§ 5 - Sur l'avis préalable de l'Autorité de protection des données, le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées aux § 2 à 4.

Art. 19. - Durée du traitement des données

Les données ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire pour réaliser les objectifs pour lesquels elles sont traitées.

Art. 20. - Droits de la personne concernée par le traitement de données

Pour les catégories de données énumérées à l'article 18, les demandes portant sur l'exercice des droits mentionnés aux articles 12 à 22 et 34 du règlement général sur la protection des données sont transmises au délégué à la protection des données du Ministère de la Communauté germanophone.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les demandes portant sur l'exercice des droits mentionnés aux articles 12 à 22 et 34 du règlement général sur la protection des données, sont traitées, pour la catégorie de données énumérée à l'article 18, § 2, alinéa 1^{er}, 8^o, § 3, 5^o, et § 4, 8^o, par le Ministère de la Communauté germanophone conformément à l'article 14, § 2 et 5, de la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

Art. 21. - Sources d'informations

§ 1^{er} - Dans l'exercice de ses missions, le service compétent collecte directement des données et documents auprès de la personne concernée ainsi que des personnes qui font partie du contexte social de celle-ci.

§ 2 - Dans l'exercice de ses missions, le service compétent collecte indirectement des données et documents auprès des autorités mandantes et des autres parties impliquées.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les données relatives à l'identité et les données de contact ainsi que celles relatives à la profession, aux compétences professionnelles, à l'éducation et à la formation sont collectées directement auprès des autorités mandantes et des autres parties impliquées.

Les données collectées en vertu de l'alinéa 1^{er} sont reprises dans les mandats et les rapports communiqués par les autorités mandantes ou dans les systèmes d'information de ces dernières, dans la mesure où leur accès a été accordé au service compétent.

§ 3 - Le service compétent peut s'adresser au Registre national des personnes physiques afin d'obtenir les informations énumérées à l'article 3, alinéas 1^{er} et 2, de la loi du 8 août 1983 organisant un registre national des personnes physiques ou afin de vérifier l'exactitude des données dont il dispose.

S'il s'agit de données relatives à une personne physique dont les données ne sont pas inscrites au Registre national, le service compétent utilise le numéro d'identification de la Banque Carrefour de la sécurité sociale.

Art. 22. - Systèmes d'information

Le service compétent traite les informations collectées conformément à l'article 21 dans des systèmes d'information.

Aux fins du traitement et de l'échange de données, le Gouvernement met à la disposition du service compétent un ou plusieurs systèmes de traitement électronique de données.

Les collaborateurs du service compétent ont accès aux données traitées dans les systèmes d'information pour autant que cela soit nécessaire dans le cadre de l'exécution des missions qui leur sont confiées par lui et que le principe de la confidentialité soit garanti.

Art. 23. - Destinataires des informations traitées

§ 1^{er} - Dans le cadre du traitement de données mentionné à l'article 16, § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, le service compétent transfère les données nécessaires à l'accomplissement de ses tâches aux autorités mandantes et aux autres parties impliquées, conformément aux dispositions légales applicables à la surveillance électronique.

§ 2 - Dans le cadre du traitement de données mentionné à l'article 16, § 2, alinéa 1^{er}, 2^o, le service compétent établit une convention reprenant les modalités de transfert des données avec les autorités concernées.

CHAPITRE 5. — *Dispositions finales*

Art. 24. - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur à une date qui doit être fixée par le Gouvernement et au plus tard le 1^{er} juin 2022.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 22 novembre 2021.

O. PAASCH,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
A. ANTONIADIS,
Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
I. WEYKMANS,
La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias
L. KLINKENBERG,
La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

Note

Session 2021-2022

Documents parlementaires : 169 (2021-2022) n^o 1 Projet de décret

169 (2021-2022) n^o 2 Rapport

169 (2021-2022) n^o 3 Proposition d'amendement au texte adopté par la commission

169 (2021-2022) n^o 4 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 22 novembre 2021 - N^o 34 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/205877]

22 NOVEMBER 2021. — Decreet betreffende het elektronisch toezicht in het kader van de strafuitvoering

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. - Voorwerp

Dit decreet regelt de capaciteit van de Duitstalige Gemeenschap om de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht te verzekeren, alsook het uurrooster van de betrokken personen die tot een vrijheidsstraf van drie jaar of minder zijn veroordeeld.

Art. 2. - Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1^o alarm : informatie die via de bewakingsapparatuur aan de bevoegde dienst wordt doorgegeven en die, in voorkomend geval, een reactie van die dienst vereist;

2^o plaatsing : de installatie, de verwijdering en het onderhoud van de apparatuur voor het elektronisch toezicht en het feitelijk toezicht op de betrokkene met behulp van deze apparatuur;

3^o opdrachten : de beslissingen van de opdrachtgevende overheid met betrekking tot het elektronisch toezicht op een betrokkene;

4^o opdrachtgevende overheid : een rechterlijke of administratieve instantie die krachtens een wet of decreet gemachtigd is om de bevoegde dienst te belasten met de uitvoering en de opvolging van het elektronisch toezicht ten opzichte van een betrokkene;

5^o betrokkene (persoon) : elke persoon die beschuldigd, veroordeeld of geïnterneerd is en een straf onder elektronisch toezicht of een maatregel van elektronisch toezicht heeft gekregen;

6^o Algemene Verordening Gegevensbescherming : de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (algemene verordening gegevensbescherming);

7^o elektronisch toezicht : het elektronisch toezicht als bedoeld in de volgende wettelijke kaders :

a) wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten;

b) wet van 20 juli 1990 betreffende preventieve hechtenis;

c) wet van 5 mei 2014 inzake internering;

d) de artikelen 37ter en 37quater van het Strafwetboek.

8° wet van 17 mei 2006 : de wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten;

9° penitentiair verlof : een verlof dat door de opdrachtgevende overheid aan betrokkene is toegekend en dat tot gevolg heeft dat het elektronisch toezicht voor een bepaalde tijd wordt opgeschort;

10° materiële middelen : al het materiaal dat door de bevoegde dienst wordt gebruikt om zijn taak uit te oefenen;

11° herberekening : aanpassing van het uurrooster, waarbij de door betrokkene ten onrechte gebruikte tijd wordt afgetrokken van zijn vrije uren;

12° capaciteit : het aantal betrokkenen dat in aanmerking komt voor een plaatsing en dat bepaald wordt met inachtneming van de elementen vermeld in artikel 7;

13° politiegegevens : uittreksels uit processen-verbaal die door de politiediensten worden opgesteld en door de opdrachtgevende overheden worden overgemaakt of die toegankelijk zijn via de in artikel 22 vermelde bestandssystemen;

14° sociale omgeving van de betrokkene : alle personen die in een bijzondere relatie staan tot de betrokkene en daardoor in contact komen met de bevoegde dienst;

15° standaardtijdschema : het basistijdschema dat overeenkomstig hoofdstuk 3, afdeling 1, aan betrokkene wordt opgelegd;

16° uurrooster : het tijdschema voor elektronisch toezicht waaruit blijkt wanneer betrokkene op zijn verblijfplaats aanwezig moet zijn, alsook wanneer betrokkene zijn verblijfplaats mag resp. moet verlaten;

17° andere actoren: de gevangenisadministratie, politiediensten en sociale diensten die meewerken aan de uitvoering van de opdracht van de bevoegde dienst, maar die geen opdrachtgevende overheid zijn.

De Regering kan de lijst van de wettelijke kaders vermeld in het eerste lid, 7°, wijzigen en aanvullen.

Art. 3. - Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 4. - Algemene doelstellingen

In de uitoefening van zijn opdrachten leeft de bevoegde dienst de volgende algemene doelstellingen na:

1° de openbare veiligheid beschermen;

2° recidive voorkomen;

3° betrokkenen resocialiseren.

Art. 5. - Taak van de bevoegde dienst

§ 1 - De bevoegde dienst heeft tot taak het elektronisch toezicht uit te voeren en op te volgen.

De Regering bepaalt welke dienst in de Duitstalige Gemeenschap bevoegd is voor de taak vermeld in het eerste lid.

§ 2 - Bij het vervullen van de taak vermeld in § 1, eerste lid, vervult de bevoegde dienst de volgende activiteiten:

1° het plaatsen van apparatuur voor elektronisch toezicht op de betrokkene en op zijn verblijfplaats;

2° het opstellen van een uurrooster dat aangepast is aan betrokkene, alsook het beheren van dat uurrooster om te controleren of betrokkene het uurrooster naleeft;

3° het opvolgen van het verloop van het elektronisch toezicht;

4° het beheer van de alarmen;

5° de centralisatie, analyse en toezending van relevante informatie over het elektronisch toezicht aan de opdrachtgevende overheden en de andere actoren.

De Regering kan nog andere activiteiten toevertrouwen aan de bevoegde dienst.

Art. 6. - Samenwerking met andere Belgische overheden of diensten

De in dit decreet vermelde opdrachten die in het kader van een samenwerkingsakkoord door andere Belgische overheden of door andere diensten worden uitgevoerd, kunnen worden gelijkgesteld met de opdrachten die door de bevoegde dienst worden uitgevoerd.

HOOFDSTUK 2. — Capaciteit

Art. 7. - Capaciteit

De bevoegde dienst voert zijn taak uit op basis van zijn capaciteit.

De capaciteit wordt bepaald op basis van het volgende:

1° de materiële middelen van de bevoegde dienst;

2° het aantal opdrachten dat de opdrachtgevende overheden aan de bevoegde dienst toevertrouwen.

Art. 8. - Uitvoering van de opdrachten

§ 1 - De bevoegde dienst voert alle opdrachten die de opdrachtgevende overheden aan hem hebben toevertrouwd, binnen de wettelijke termijnen uit.

§ 2 - Indien de bevoegde dienst op grond van de capaciteit of op grond van naar behoren gemotiveerde uitzonderlijke omstandigheden niet in staat is alle opdrachten binnen de wettelijke termijnen uit te voeren, voert hij deze in chronologische volgorde van ontvangst uit.

In afwijking van het eerste lid wordt voorrang gegeven aan betrokkenen die gedetineerd zijn en die hun preventieve hechtenis onder elektronisch toezicht uitvoeren.

§ 3 - In afwijking van paragraaf 2 kan de bevoegde dienst zijn opdrachten uitvoeren op basis van de volgende prioriteringscriteria:

- 1° de duur van het elektronisch toezicht;
- 2° de aard van het door de betrokkene gepleegde strafbare feit;
- 3° het risico voor het slachtoffer;
- 4° de persoonlijke situatie van betrokkene.

De bevoegde dienst motiveert zijn beslissing om de prioriteringscriteria vermeld in het eerste lid toe te passen en houdt daarbij in voorkomend geval rekening met de aanwijzingen van de opdrachtgevende overheid en van de andere actoren.

Art. 9. - Informatie over de capaciteit

De bevoegde dienst licht de opdrachtgevende overheden regelmatig in over de stand van zijn capaciteit.

De Regering bepaalt hoe die informatie wordt doorgegeven.

HOOFDSTUK 3. — Uurrooster en incidenten

Art. 10. - Toepassingsgebied

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn alleen van toepassing op betrokkenen die zijn veroordeeld tot een of meer vrijheidsstraffen van ten hoogste drie jaar.

Afdeling 1. — Uurrooster

Art. 11. - Standaardtijdschema

Wanneer elektronisch toezicht wordt bevolen met toepassing van de wet van 17 mei 2006, wordt aan betrokkene een standaardtijdschema opgelegd.

De Regering legt het standaardtijdschema vast.

Art. 12. - Beheer van het uurrooster

Het uurrooster bestaat uit een standaardtijdschema dat wordt vastgesteld met inachtneming van de dagelijkse bezigheden van betrokkene en, in voorkomend geval, met inachtneming van de tijd die nodig is om te voldoen aan geïndividualiseerde bijzondere voorwaarden of aan een eventueel penitentiair verlof.

Het uurrooster kan worden aangepast:

- 1° rekening houdend met de persoonlijke situatie van de betrokkene;
- 2° als de betrokkene een aanvullend tijdvenster nodig heeft om aan een geïndividualiseerde bijzondere voorwaarde te voldoen;
- 3° als de betrokkene penitentiair verlof heeft.

Afdeling 2. — Incidenten

Art. 13. - Beheer van de incidenten

De incidenten worden beheerd door de bevoegde dienst.

Er is een incident indien:

- 1° betrokkene niet reageert op oproepen van de bevoegde dienst;
- 2° betrokkene zonder toestemming op reis gaat;
- 3° betrokkene niet aanwezig is op zijn verblijfplaats en hij zijn afwezigheid niet gemeld heeft bij de bevoegde dienst;
- 4° betrokkene zich niet houdt aan het tijdschema met betrekking tot zijn vastgelegde dagelijkse bezigheden of zijn geïndividualiseerde bijzondere voorwaarden.

Art. 14. - Maatregelen

Bij niet-naleving van het uurrooster kan de bevoegde dienst ten aanzien van de betrokkene de volgende maatregelen nemen :

- 1° betrokkene laten begeleiden;
- 2° betrokkene op zijn verplichtingen wijzen en hem meedelen dat zijn uurrooster herberekend kan worden;
- 3° het uurrooster van betrokkene herberekenen;
- 4° melding doen bij de opdrachtgevende overheden.

De Regering kan de nadere regels voor de uitvoering van de maatregelen vermeld in het eerste lid bepalen.

HOOFDSTUK 4. — Vertrouwelijkheid, gegevensbescherming en informatieverwerking

Art. 15. - Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de bevoegde dienst, de andere actoren en alle natuurlijke personen of rechtspersonen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 16. - Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 - Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

§ 2 - De bevoegde dienst verwerkt persoonsgegevens uitsluitend met het oog op:

- 1° de uitoefening van de taak bepaald in artikel 5, § 1, en in de uitvoeringsbepalingen daarvan;
- 2° wetenschappelijk onderzoek en statistische doeleinden;
- 3° de verbetering van de werking binnen de bevoegde dienst.

In het kader van de verwerking vermeld in het eerste lid, 2°, verwerkt de bevoegde dienst anonieme gegevens. Voor zover de doeleinden van de verwerking niet op deze manier kunnen worden bereikt, verwerkt de bevoegde dienst gepeseudonimiseerde persoonsgegevens.

In dat verband wijst de bevoegde dienst zijn medewerkers op hun verplichtingen inzake informatiebeveiliging en gegevensbescherming.

§ 3 - In het kader van de uitvoering van dit decreet is de Regering de verantwoordelijke voor de verwerking van de persoonsgegevens in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De bevoegde dienst geldt als verwerker in de zin van artikel 4, punt 8, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Art. 17. - Doeleinden van de gegevensverwerking

De verwerking vermeld in artikel 16, § 2, eerste lid, 1°, wordt verricht voor de volgende doeleinden:

- 1° om de uitvoering en opvolging van het elektronisch toezicht te activeren;
- 2° om het elektronisch toezicht uit te voeren en het verloop van het elektronisch toezicht op te volgen;
- 3° om de uitvoering en opvolging van het elektronisch toezicht af te sluiten;
- 4° om de telefoongesprekken van de bevoegde dienst op te nemen;
- 5° om vrijheidsstraffen ten uitvoer te leggen, waarbij de schadelijke gevolgen van hechtenis of opsluiting voor de betrokkenen worden vermeden;
- 6° om de resocialisatie te bevorderen door uitsluiting te beperken en sociale, familiale en professionele banden in stand te houden;
- 7° om recidive te voorkomen.

De verwerking vermeld in artikel 16, § 2, eerste lid, 2°, heeft tot doel met de betrokken overheden samen te werken met het oog op de evaluatie en de verbetering van het beleid in verband met de uitoefening van de taak van de bevoegde dienst.

De verwerking vermeld in artikel 16, § 2, eerste lid, 3°, wordt verricht voor de volgende doeleinden :

- 1° om de interventies van de bevoegde dienst te sturen en te verbeteren;
- 2° om het overleg met de opdrachtgevende overheden te ondersteunen.

Art. 18. - Gegevenscategorieën

§ 1 - De bevoegde dienst kan persoonsgegevens betreffende de volgende personen verwerken:

- 1° betrokkene;
- 2° personen die tot de sociale omgeving van de betrokkene behoren;
- 3° opdrachtgevende overheden en andere actoren.

§ 2 - De bevoegde dienst kan in het kader van de gegevensverwerking vermeld in artikel 16, § 2, eerste lid, 1°, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 1°, verzamelen, registreren, gebruiken en verstrekken :

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het beroep, de professionele competentie, het eindexamen en de opleiding;
- 3° gegevens over persoonlijke kenmerken;
- 4° gegevens over de financiële en sociale situatie;
- 5° gegevens over de levensstijl en de vrijetijdsbesteding;
- 6° gegevens over de samenstelling van het gezin;
- 7° gegevens over de woonomstandigheden;
- 8° gegevens over strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, indien deze door de betrokkene, de opdrachtgevende overheden of andere actoren aan de bevoegde dienst zijn meegedeeld;
- 9° politieke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 10° gegevens over raciale en etnische afkomst, politieke opvattingen, godsdienstige of levensbeschouwelijke overtuiging of het lidmaatschap van een vakvereniging, genetische en biometrische gegevens om een natuurlijke persoon eenduidig te kunnen identificeren, gegevens met betrekking tot de gezondheid of gegevens met betrekking tot het seksuele leven of de seksuele geaardheid van een natuurlijke persoon als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, indien ze door de betrokkene, de opdrachtgevende overheden of andere actoren aan de bevoegde dienst worden meegedeeld;

11° geolocatiegegevens die worden gegenereerd door de elektronische bewakingsapparatuur waarover de bevoegde dienst beschikt;

12° gegevens over het gebruik van de bestandssystemen vermeld in artikel 22;

13° gegevens in verband met het opnemen van telefoongesprekken.

Met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 2°, kan de bevoegde dienst alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de gegevenscategorieën vermeld in § 2, eerste lid, 1°, 6° tot 8° en 13°, verzamelen en gebruiken.

Met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 3°, kan de bevoegde dienst alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de gegevenscategorieën vermeld in § 2, eerste lid, 1°, 2° en 13°, verzamelen.

§ 3 - De bevoegde dienst kan in het kader van de gegevensverwerking vermeld in artikel 16, § 2, eerste lid, 2°, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 1°, gebruiken en verstrekken, als het gaat om hergebruik van gegevens die zijn verzameld in het kader van de gegevensverwerking vermeld in artikel 16, § 2, 1°:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens;

2° gegevens over het beroep, de professionele competentie, het einddiploma en de opleiding;

3° gegevens over persoonlijke kenmerken;

4° gegevens over de levensstijl en de vrijetijdsbesteding;

5° gegevens over strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, indien deze door de betrokkene, de opdrachtgevende overheden of andere actoren aan de bevoegde dienst zijn meegedeeld;

§ 4 - De bevoegde dienst kan in het kader van de gegevensverwerking vermeld in artikel 16, § 2, eerste lid, 3°, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën met betrekking tot de personen vermeld in § 1, 1°, gebruiken, als het gaat om hergebruik van gegevens die zijn verzameld in het kader van de gegevensverwerking vermeld in artikel 16, § 2, 1°:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens;

2° gegevens over het beroep, de professionele competentie, het einddiploma en de opleiding;

3° gegevens over persoonlijke kenmerken;

4° gegevens over de financiële en sociale situatie;

5° gegevens over de levensstijl en de vrijetijdsbesteding;

6° gegevens over de samenstelling van het gezin;

7° gegevens over de woonomstandigheden;

8° gegevens over strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, indien deze door de betrokkene, de opdrachtgevende overheden of andere actoren aan de bevoegde dienst worden meegedeeld;

9° politiegegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;

10° gegevens over raciale en etnische afkomst, politieke opvattingen, godsdienstige of levensbeschouwelijke overtuiging of het lidmaatschap van een vakvereniging, genetische en biometrische gegevens om een natuurlijke persoon eenduidig te kunnen identificeren, gegevens met betrekking tot de gezondheid of gegevens met betrekking tot het seksuele leven of de seksuele geaardheid van een natuurlijke persoon als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, indien ze door de betrokkene, de opdrachtgevende overheden of andere actoren aan de bevoegde dienst worden meegedeeld;

11° geolocatiegegevens die worden gegenereerd door de elektronische bewakingsapparatuur waarover de bevoegde dienst beschikt;

12° gegevens over het gebruik van de bestandssystemen vermeld in artikel 22;

13° gegevens in verband met het opnemen van telefoongesprekken.

§ 5 - De Regering preciseert de gegevenscategorieën vermeld in de §§ 2 tot 4 na voorafgaand advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Art. 19. - Duur van de gegevensverwerking

De gegevens worden niet langer bewaard dan nodig is voor de verwezenlijking van de doeleinden waarvoor zij worden verwerkt.

Art. 20. - Rechten van de persoon op wie de verwerking van gegevens betrekking heeft

Voor de in artikel 18 genoemde gegevenscategorieën worden verzoeken tot uitoefening van de rechten vermeld in de artikelen 12 tot 22 en artikel 34 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gericht aan de functionaris voor gegevensbescherming van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

In afwijking van het eerste lid worden verzoeken tot uitoefening van de rechten vermeld in de artikelen 12 tot 22 en 34 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de gegevenscategorieën genoemd in artikel 18, § 2, eerste lid, 8°, § 3, 5°, en § 4, 8°, behandeld door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig artikel 14, § 2 en 5, van de wet van 30 juli 2018 betreffende de bescherming van natuurlijke personen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 21. - Informatiebronnen

§ 1 - Bij de uitoefening van zijn opdrachten verzamelt de bevoegde dienst rechtstreeks gegevens en documenten bij de betrokken personen en bij de personen die tot hun sociale omgeving behoren.

§ 2 - Bij de uitoefening van zijn opdrachten verzamelt de bevoegde dienst indirect gegevens en documenten bij de opdrachtgevende overheden en bij de andere actoren.

In afwijking van het eerste lid worden identiteitsgegevens en contactgegevens, alsook gegevens over het beroep, de professionele competentie, het einddiploma en de opleiding rechtstreeks bij de opdrachtgevende overheden en andere actoren verzameld.

De gegevens die overeenkomstig het eerste lid worden verzameld, bevinden zich in de toevertrouwde opdrachten en verslagen die door de opdrachtgevende overheden worden toegezonden of in de bestandssystemen van de opdrachtgevende overheden, voor zover de bevoegde dienst daartoe toegang heeft gekregen.

§ 3 - De bevoegde dienst kan zich tot het Rijksregister van de natuurlijke personen wenden om de inlichtingen te verkrijgen als bedoeld in artikel 3, eerste en tweede lid, van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen, of om te controleren of de inlichtingen waarover hij beschikt juist zijn.

Voor zover de gegevens betrekking hebben op een natuurlijke persoon van wie de gegevens niet in het rijksregister zijn opgenomen, gebruikt de bevoegde dienst het identificatienummer van de Kruispuntbank voor sociale zekerheid.

Art. 22. - Bestandssystemen

De bevoegde dienst verwerkt de overeenkomstig artikel 21 geregistreerde gegevens in bestandssystemen.

De Regering stelt een of meer computersystemen ter ondersteuning van de verwerking en uitwisseling van gegevens ter beschikking van de bevoegde dienst.

De medewerkers van de bevoegde dienst hebben toegang tot de in de bestandssystemen verwerkte gegevens voor zover die toegang nodig is voor de uitoefening van de hun opgedragen taken en het vertrouwelijkheidsbeginsel gewaarborgd blijft.

Art. 23. - Ontvangers van de verwerkte informatie

§ 1 - In het kader van de gegevensverwerking overeenkomstig artikel 16, § 2, eerste lid, 1^o, bezorgt de bevoegde dienst de voor de vervulling van zijn taak noodzakelijke gegevens aan de opdrachtgevende overheden en aan de andere actoren, overeenkomstig de wettelijke voorschriften in het kader van het elektronisch toezicht.

§ 2 - In het kader van de gegevensverwerking overeenkomstig artikel 16, § 2, eerste lid, 2^o, maakt de bevoegde dienst een overeenkomst met de betrokken overheden op waarin de nadere regels voor de doorgifte van de gegevens worden vastgelegd.

HOOFDSTUK 5. — *Slotbepalingen***Art. 24.** - Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op een datum die door de Regering wordt vastgelegd en uiterlijk op 1 juni 2022.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 22 november 2021.

O. PAASCH,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
A. ANTONIADIS,
De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
I. WEYKMANS,
De Minister van Cultuur en Sport,
Werkgelegenheid en Media
L. KLINKENBERG,
De Minister van Onderwijs
en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2021-2022

Parlementaire stukken: 169 (2021-2022) Nr. 1 Ontwerp van decreet

169 (2021-2022) Nr. 2 Verslag

169 (2021-2022) Nr. 3 Voorstel tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst

169 (2021-2022) Nr. 4 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 22 november 2021 - Nr. 34 Bespreking en aanneming